



EU Wissen Aktuell

Der monatliche Newsletter von EuropeDirect OÖ

April 2020

9. Mai EUROPATAG - Ausstellung 25 Jahre Österreich in der EU

Informationen rund um CORONA COVID-19

Europäische Kommission weist Österreichs Kritik an Beihilfeprüfung zurück
Weniger Fahrzeugemissionen durch neue EU-Reifenkennzeichnung
Europäische Kommission startet Verfahren gegen Polen, um Unabhängigkeit der Richter zu sichern
BREXIT: Barrier zu Verhandlungen zwischen EU und dem Vereinigten Königreich: Die Uhr tickt lauter denn je
EU-Gütezeichen „geschützte geografische Angabe“ ist knapp 75 Milliarden Euro wert
EuGH verurteilt Polen, Ungarn und Tschechien aufgrund mangelnder Solidarität bei der Aufnahme von Flüchtlingen
Neue Regeln für mehr Energieeffizienz von Netzteilen

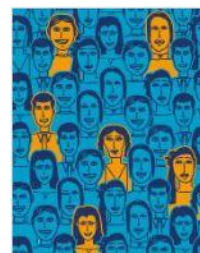
Ausschreibungen/Wettbewerbe



© EDIC Wien, JEF.at und R9 Regional TV



©Europa gefühlsecht



© European Union

9. Mai Europatag - Ausstellung „25 Jahre Österreich in der EU – Wachsen in Europa“



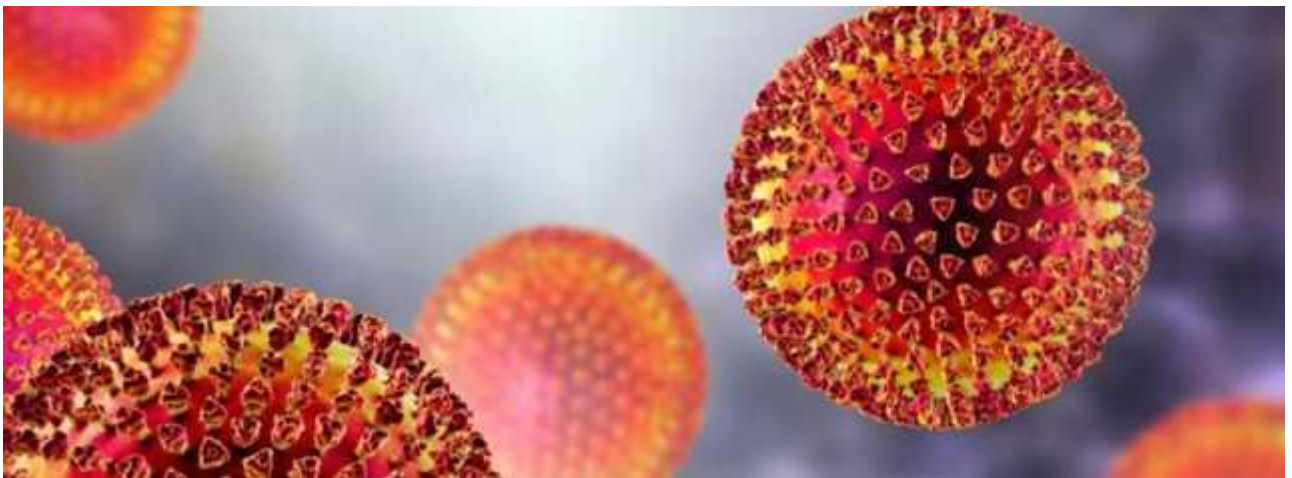
Am 1. Jänner 1995 ist Österreich der Europäischen Union beigetreten. Aus diesem Anlass haben die zehn EuropeDirect-Stellen in Österreich gemeinsam eine Wanderausstellung unter dem Titel „25 Jahre Österreich in der EU – Wachsen in Europa“ ins gestaltet. Diese Wanderausstellung sollte Schulen in ganz Oberösterreich zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund der

Corona-Pandemie ist ein Einsatz an den Schulen derzeit leider nicht möglich. Ebenso kann unsere geplante Veranstaltung zum Europatag aufgrund der CORONA-Pandemie nicht durchgeführt werden. Anbei ein Link zum [virtuellen Rundgang](#) und auf [Youtube](#) Videostatements, Quizzes und Downloads zu dieser Wanderausstellung sind zu finden unter <https://europainfo.at/at25eu/>



[Europatag - Online](#)

Hier können sich Interessierte, die an Online-Debatten oder virtuellen Veranstaltungen zum Thema Europa und Europäische Union teilnehmen wollen, registrieren.



© Europäische Kommission

Informationen rund um CORONA COVID-19

Die Europäische Kommission – Vertretung in Österreich hat eine Zeitschiene zusammengestellt, von Beginn, wo das Virus das erste Mal aufgetaucht ist.

Bereits am 31. Dezember 2019 wird das WHO-Büro in China über Fälle von Lungenentzündungen unbekannter Ursache informiert. Es gebe allerdings keinen Nachweis einer Übertragung von Mensch zu Mensch, hieß es damals es; zudem gebe es keine Berichte über eine Ansteckung von medizinischem Personal. Beinahe täglich kamen dann neue Erkenntnis hinzu. Am 9. Jänner 2020 aktiviert die Europäische Kommission den beim [Europäischen Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten \(ECDC\)](#) angesiedelten [Frühwarnmechanismus](#). Zwischenzeitlich gibt es immer wieder Treffen des EU-Ausschusses für Gesundheitsschutz unter Vorsitz der EK. Am 24. Jänner 2020 wird über den ersten europäischen Fall aus Frankreich berichtet. Am 28. Jänner 2020 wird der EU-Zivilschutz-Mechanismus aktiviert, um EU-Bürger aus Drittstaaten nach Europa heimzuholen; (bis 9. April wurden rund 28.000 EU-Bürger aus Drittstaaten zurückgefliegen). Zwei Tage später ruft die WHO die internationale Gesundheitsnotlage aus. Am 31. Jänner 2020 mobilisiert die in einem ersten Schritt 10 Millionen Euro für die Erforschung des Coronavirus. Am 24. Februar 2020 stellt die EK 232 Millionen Euro für die weltweite Bekämpfung des Coronavirus-Ausbruchs zur Verfügung; [mehr Info](#). Vier Tage später, am 28. Februar 2020 startet die Europäische Kommission ein gemeinsames Beschaffungsverfahren für medizinische Schutzausrüstung. Am 2. März 2020 richtet die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen richtet einen [Krisenstab](#) ein, um die Maßnahmen gegen das Coronavirus auf politischer Ebene zu koordinieren.

Es wird ein Maßnahmenpaket präsentiert, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern. Dabei geht es auch darum, Mitgliedstaaten einen maximalen Spielraum bei Staatsbeihilfen und budgetären Maßnahmen einzuräumen.

Die Europäische Kommission präsentiert Leitlinien für Grenzmaßnahmen, um darauf hinzuwirken, dass dringend benötigte Güter (medizinische Produkte, Lebensmittel) an den Bestimmungsort gelangen und Arbeitskräfte in Schlüsselbranchen die Grenze passieren können. Alle weiteren [Hilfsmaßnahmen, Empfehlungen, Unterstützungen und den Fahrplan und Kriterienkatalog finden Sie hier](#).

Bekämpfung von Desinformation

An Falsch- und Desinformation in Gesundheitsfragen, gerade auch in Bezug auf COVID-19, besteht derzeit kein Mangel. Daher ist es wichtig, sich nur aus verlässlichen Quellen über den Fortgang der Coronavirus-Pandemie zu informieren.

Am besten halten Sie sich an die Empfehlungen, die von Ihren nationalen Gesundheitsbehörden und auf den Websites zuständiger europäischer und internationaler Organisationen wie ECDC und WHO veröffentlicht werden. Einen wichtigen Beitrag leisten Sie auch schon, wenn Sie Informationen aus zweifelhaften Quellen nicht ungeprüft weiterleiten. [Europäische Kommission](#)

EU vs Desinformation: die Kampagne

Diese Webseite gehört zu einer Kampagne, die darauf abzielt, krefmfreundliche Desinformation besser vorherzusagen, ihr entgegenzuwirken und auf sie zu antworten. Die "EU vs Desinformation" Kampagne wird von der East StratCom Task Force im Europäischen Auswärtigen Dienst durchgeführt. Die Task Force wurde gegründet, nachdem die EU Staats- und Regierungschefs die Notwendigkeit betonten, Russlands laufenden Desinformationskampagnen entgegenzuwirken. Mehr über das Team lesen. [EUvsDisinfo](#)

Wie verändert Corona Europa?

[**Bankenpaket der Kommission soll Kreditvergabe an Haushalte und Unternehmen in der EU erleichtern**](#)

[**EU startet Geberinitiative**](#)

[**EU-Leitlinien für eine sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz**](#)

[**Bericht über Kulturausgaben**](#)

[**Europäische Kommission genehmigt österreichisches Garantiemodell für Klein- und Mittelunternehmen**](#)

[**Rüge für Ungarn und Polen wegen Vorgehens in Krise**](#)

[**Kommission gibt Mitgliedstaaten Orientierungshilfe zur Anwendung von Asylrecht**](#)

[**Ein EU-Konzept für wirksame Kontaktnachverfolgungs-Apps zur Unterstützung der schrittweisen Aufhebung der Ausgangsbeschränkungen**](#)

[**EU empfiehlt kontrollierten „Fahrplan“ zur Lockerung der Coronavirus-Beschränkungen**](#)

[**Erasmus+ Welche Auswirkungen hat das Coronavirus auf mein Projekt?**](#)

[**Einigung auf ein Rettungspaket von 540 Milliarden Euro**](#)

[**Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der Pandemie weltweit**](#)

[**ESCALAR: bis zu 1,2 Mrd. EUR für Unternehmen mit hohem Potenzial für Wachstum und Expansion in Europa**](#)

[**Europa Club Livestream-Debatte am 1. April 2020 mit Martin Selmayr – EU-Staaten müssen jetzt zweite Chance in der Corona-Pandemie nutzen**](#)

[**Corona-Pandemie: Kommission veröffentlicht Leitlinien zum EU-Vergaberecht**](#)

29.04.2020 Radio FRO **Wie verändert Corona Europa?**

Wie zufrieden sind regionale Politiker/innen mit dem Agieren der EU in der Corona-Krise? Woran fehlt es? Was läuft gut? Ist der Rückzug hinter nationale Grenzen nötig, oder kontraproduktiv in der Bewältigung dieser Gesundheitskrise? Was kann oder muss Europa daraus lernen?

Der Europäische Ausschuss der Regionen und Städte (AdR) versucht mit der covid-19 exchange platform dahingehend beizutragen.

Was es dabei aus Österreich gibt, wie generell das europäische Krisenmanagement funktioniert und ob reflexartige nationale Grenzschießung tatsächlich nötig ist, darüber hat Sigrid Ecker in Telefoninterviews mit politischen Vertretern aus Österreich gesprochen. Sie hören Interview mit:

Markus Achleitner, Europa-Landesrat OÖVP, Mitglied im AdR für die EVP. [Dieses Interview jetzt hören.](#)

28.04.2020 Europäische Kommission **Bankenpaket der Kommission soll Kreditvergabe an Haushalte und Unternehmen in der EU erleichtern**

Die Kommission hat am 28. April 2020 ein Bankenpaket angenommen, das den Banken unionsweit die Kreditvergabe an private Haushalte und Unternehmen erleichtern soll. Dieses Paket soll sicherstellen, dass Banken weiter Kredite vergeben können, um die Wirtschaft zu stützen und die dramatischen wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise abzdämpfen. Es umfasst eine Mitteilung zur Auslegung der Bilanzierungs- und Aufsichtsvorschriften der EU sowie gezielte „Sofort“-Änderungen an den EU-Bankenvorschriften. [Mehr](#)

24.04.2020 Europäische Kommission **EU startet Geberinitiative**

Die Europäische Union bündelt ihre Kräfte mit globalen Partnern, um am 4. Mai 2020 die Geberinitiative „Coronavirus Global Response“ („Coronavirus-Krisenreaktion“) zu starten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und andere internationale Gesundheitsorganisationen rufen zum gemeinsamen Handeln auf, um einen schnellen und gleichberechtigten Zugang zu sicheren, hochwertigen, wirksamen und erschwinglichen Coronavirus-Diagnostika, -Therapeutika und -Impfstoffen zu gewährleisten.

Um Gelder zu sammeln, werden die Europäische Union und ihre Partner einen weltweiten Spendenmarathon organisieren. Alle Länder und Organisationen weltweit sind aufgefordert, Mittel bereitzustellen, um die Zielmarke eines finanziellen Grundstocks von 7,5 Mrd. EUR zu erreichen. [Mehr](#)

24.04.2020 Europäische Kommission **EU-Leitlinien für eine sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz**

Wie kann die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz gewährleistet werden? Diese wichtige Frage bewegt derzeit viele Arbeitgeber, da die EU-Länder nun eine schrittweise Rückkehr an den Arbeitsplatz planen bzw. durchführen. Zur Beantwortung dieser Frage veröffentlicht die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) am 24. April 2020 Leitlinien für eine sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz.

Der Kommission ist es äußerst wichtig, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem sicheren und gesunden Umfeld an den Arbeitsplatz zurückkehren können. Daher

stellen die am 24. April 2020 veröffentlichten Leitlinien einen entscheidenden Beitrag der EU in dieser wichtigen Phase dar. [Mehr](#)

23.04.2020 Europäischer Rechnungshof Bericht über Kulturausgaben

In einem am 23. April 2020 veröffentlichten Bericht über Kulturausgaben vertritt der Rechnungshof die Auffassung, dass die Förderung von Kulturstätten nicht ausreichend zielgerichtet und koordiniert ist und zu komplex geworden ist. Darüber hinaus wird die Hilfe hauptsächlich über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) verteilt, der der Kultur keine Priorität einräumt. Der Rechnungshof bedauert daher den Vorrang wirtschaftlicher Ziele vor der Frage der Lebensfähigkeit von Stätten oder der Restaurierung des kulturellen Erbes. [Mehr](#)

17.04.2020 Europäische Kommission Europäische Kommission genehmigt österreichisches Garantiemodell für Klein- und Mittelunternehmen

Die Europäische Kommission hat am 17. April 2020 grünes Licht für Garantieregelungen zur Unterstützung österreichischer Klein- und Mittelunternehmen (KMU) gegeben. Kredite von bis zu 500.000 Euro pro Betrieb können zu 100 % durch eine Garantie gedeckt werden. Das soll KMU dabei helfen, ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten trotz der durch den Ausbruch des Coronavirus entstandenen Umsatzeinbußen zu decken. Bereits vor Ostern hat die Europäische Kommission eine österreichische Liquiditätsregelung im Wert von 15 Milliarden Euro genehmigt. Um den EU-Mitgliedstaaten im Rahmen des EU-Rechts maximale Flexibilität bei Staatsbeihilfen zu gewähren, hat die Europäische Kommission am 19. März einen befristeten Rechtsrahmen angenommen, der Anfang April nochmals erweitert wurde.. [Mehr](#)

17.04.2020 ORF.at Rüge für Ungarn und Polen wegen Vorgehens in Krise

Das EU-Parlament hat das Vorgehen Ungarns und Polens in der Coronavirus-Pandemie kritisiert. Die Abgeordneten bedauerten, dass die ungarische Regierung den Notstand unbefristet ausgerufen habe, hieß es in einer am 17.4.2020 verabschiedeten Resolution. Zudem rügten die EU-Parlamentarier die polnische Regierung für die geplante Durchführung der Präsidentenwahl während der Pandemie.

Das könne das Leben polnischer Bürger in Gefahr bringen und das Konzept einer freien, gleichen, direkten und geheimen Wahl untergraben, heißt es in der EntschlieÙung. Das Vorgehen der beiden Länder in der Gesundheitskrise sorgt schon seit Wochen für Kritik. [Mehr](#)

17.04.2020 Amtsblatt der Europäischen Union Kommission gibt Mitgliedstaaten Orientierungshilfe zur Anwendung von Asylrecht

Die Corona-Pandemie hat auch direkte Auswirkungen auf die Art und Weise, wie die Asyl- und Rückführungsvorschriften der EU umgesetzt werden, und hat zum Abbruch der Neuansiedlungsmaßnahmen geführt. Die EU-Kommission hat deshalb am 16. April 2020 Leitlinien zur Umsetzung der einschlägigen EU-Bestimmungen vorgelegt. [Mehr](#)

16.04.2020 Europäische Kommission

Ein EU-Konzept für wirksame Kontaktnachverfolgungs-Apps zur Unterstützung der schrittweisen Aufhebung der Ausgangsbeschränkungen

Die EU-Mitgliedstaaten haben mit Unterstützung der Kommission ein EU-Instrumentarium für die Nutzung von Mobil-Apps zur Kontaktnachverfolgung und Warnung bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie entwickelt. Es ist Teil eines gemeinsamen koordinierten Konzepts, mit dem die schrittweise Aufhebung der Ausgangsbeschränkungen unterstützt werden soll, wie vergangene Woche in einer Empfehlung der Kommission dargelegt. [Mehr](#)

15.04.2020 www.europa.steiermark.at

EU empfiehlt kontrollierten „Fahrplan“ zur Lockerung der Coronavirus-Beschränkungen

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel haben am 15. April 2020 bei einer gemeinsamen Pressekonferenz in Brüssel zu den Beschränkungen der EU-Mitgliedsstaaten Stellung bezogen und einen 15 Seiten langen „Fahrplan“ („Roadmap“) sowie drei klare Vorbedingungen für deren Lockerung vorgeschlagen. Gleichzeitig kündigten die Kommissionschefin und der Ratspräsident für 4. Mai 2020 eine „Online-Geberkonferenz“ an, bei der weltweit die Finanzierung der Entwicklung eines Covid-19-Impfstoffs abgesteckt werden soll. Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in der Europäischen Union wurden mit mehr als 3.000 Milliarden beziffert. Der EU-Haushalt soll dazu beitragen, dies „als bewährten Motor für Innovationen und Investitionen“ abzufedern. Von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel betonten dabei die Bedeutung innovativer und umweltfreundlicher Technologien – der „Green New Deal“ sei wichtiger denn je. [Mehr](#) und [Mitschnitt der Pressekonferenz](#)

10.04.2020 Europäische Kommission – Erasmus+

Erasmus+ Welche Auswirkungen hat das Coronavirus auf mein Projekt?

Es gibt viele Fragen zu den Auswirkungen des Coronavirus auf Projekte in den EU-Jugendförderungen. Welche Regelungen gelten, wenn Projekte abgesagt oder verschoben werden müssen? Die Europäische Kommission hat Antworten auf häufig gestellte Fragen zusammengestellt! [Mehr](#)

09.04.2020 Europäischer Rat – Rat der Europäischen Union

Einigung auf ein Rettungspaket von 540 Milliarden Euro

Bei dem Treffen der Eurogruppe am 9. April 2020 einigten sich die Finanzminister auf einen Rettungsplan in Höhe von 540 Milliarden Euro zur Bewältigung der Folgen der Covid-19-Pandemie. Eine Kreditlinie in Höhe von 240 Milliarden Euro wird allen Mitgliedstaaten über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) für Gesundheitsausgaben zur Verfügung stehen. Die Europäische Investitionsbank (EIB) wird bis zu 200 Milliarden Euro an Liquiditätsgarantien für Unternehmen bereitstellen. Die Kommission wird bis zu 100 Milliarden Euro für nationale Regelungen zum Kurzarbeitergeld garantieren. Die Minister einigten sich schließlich auf das Prinzip eines gemeinsamen Sanierungsplans in den kommenden Monaten. [Mehr](#)

08.04.2020 Europäische Kommission

Maßnahmen der EU zur Bekämpfung der Pandemie weltweit

Die Europäische Kommission und der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik haben am 8. April 2020 dargelegt, wie die EU die Bemühungen ihrer Partnerländer zur Bewältigung der Coronavirus-Pandemie kraftvoll und gezielt unterstützen will. Die kollektiven Maßnahmen der EU werden sich in erster Linie auf die **Eindämmung**

der unmittelbaren Gesundheitskrise und den damit verbundenen Bedarf an **humanitärer Hilfe und auf die Stärkung der Gesundheitssysteme** und der Wasser- und Sanitärversorgung in den Partnerländern konzentrieren, darüber hinaus aber auch deren **Forschungskapazitäten**, deren Fähigkeit zum Umgang mit der Pandemie und die Abmilderung der sozioökonomischen Folgen betreffen. Um all dies zu ermöglichen, wird die **EU die Partnerländer mit mehr als 15,6 Mrd. EUR** aus vorhandenen Mitteln im Außenbereich unterstützen. Gemeinsam mit unseren Partnern sorgen wir dafür, dass die beträchtlichen EU-Finanzmittel, die ihnen bereits zugewiesen wurden, nun gezielt zur Bewältigung der Coronakrise und ihrer Folgen eingesetzt werden. [Mehr](#)

08.04.2020 Europäische Kommission

ESCALAR: bis zu 1,2 Mrd. EUR für Unternehmen mit hohem Potenzial für Wachstum und Expansion in Europa

Am 8. April 2020 bringt die Kommission ESCALAR auf den Weg, ein neues, gemeinsam mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) entwickeltes Investitionskonzept. Damit sollen Risikokapital und Wachstumsfinanzierung für vielversprechende Unternehmen gefördert werden, sodass sie in Europa expandieren und zur wirtschaftlichen und technologischen Unabhängigkeit Europas beitragen können. Mit bis zu 300 Mio. EUR soll die Investitionskapazität von Risikokapital- und Private-Equity-Fonds erhöht werden. So werden Investitionen von bis zu 1,2 Mrd. EUR – das ist das Vierfache des ursprünglichen Volumens – zur Förderung vielversprechender Unternehmen mobilisiert. [Mehr](#)

01. April 2020 – APA OTS

Europa Club Livestream-Debatte am 1. April 2020 mit Martin Selmayr – EU-Staaten müssen jetzt zweite Chance in der Corona-Pandemie nutzen

Nationale Alleingänge wie zu Beginn des Corona-Ausbruchs dürfen sich nicht wiederholen, sagte Martin Selmayr, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, am 1. April 2020 Mittag bei einer Europa Club Livestream-Debatte. Mittlerweile gibt es Solidarität – auch seitens Österreichs.

In der aktuellen Lage sei es besonders wichtig, Solidarität über die Grenzen hinweg zu zeigen. So gibt es mittlerweile jeden Tag neue Beispiele für gegenseitige Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten – auch hierzulande: Österreich hat drei Intensivpatienten aus Frankreich und 11 Intensivpatienten aus Italien aufgenommen. Auch bei den Rückholungen gestrandeter Staatsbürger aus dem Ausland helfen die EU-Länder einander gegenseitig. So hat Österreich gemeinsam mit dem **EU-Zivilschutzmechanismus Rückflüge** für EU-Bürger aus Marokko organisiert, gleichzeitig erhielten beispielsweise 18 Österreicherinnen und Österreicher einen Platz an Bord französischer Flugzeuge, die Reisende aus China, Haiti und Bolivien zurück nach Europa brachten. [APA OTS](#)

01. April 2020 – Amtsblatt der Europäischen Union

Corona-Pandemie: Kommission veröffentlicht Leitlinien zum EU-Vergaberecht

Das EU-Vergaberecht enthält Möglichkeiten für Flexibilität, die die Mitgliedstaaten in der Corona-Pandemie nutzen können, um Schutzmasken und andere wichtige medizinische Ausrüstung zu beschaffen. Die Europäische Kommission hat Leitlinien dazu veröffentlicht. Unter den aktuellen Umständen können etwa Fristen verkürzt und Güter ohne vorherige Ausschreibung beschafft werden. Außerdem enthalten die Leitlinien Hilfestellungen zum Erwerb knapper Güter auf dem Weltmarkt. [Leitlinien](#)

Weitere Informationen finden Sie hier:

[Coronavirus – Krisenreaktion - Gesamtüberblick](#)

[Briefings des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments](#)

[Coronavirus: Reaktion der EU](#)

[Informationen des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten \(ECDC\)](#)

[Bundeskanzleramt der Republik Österreich](#)

[Europäische Kommission](#)

[Europäische Kommission - Presseraum](#)

[Europäische Kommission – Vertretung in Wien](#)



29.04.2020 APA - OTS

Europäische Kommission weist Österreichs Kritik an Beihilfeprüfung zurück

Die Europäische Kommission weist die von österreichischen Regierungsmitgliedern mehrfach medial geäußerte Kritik an der Dauer der Prüfung staatlicher Beihilfen und dem erlaubten Umfang zurück. Sie stellt Folgendes klar: Österreich hat der Europäischen Kommission am 31. März Beihilfevorhaben notifiziert. Allerdings fehlten in den eingereichten Unterlagen wesentliche, für die Bewertung des Vorhabens durch die Kommission erforderliche Elemente. Unklar war unter anderem, ob nur Maßnahmen auf staatlicher Ebene oder auch auf Länderebene erfasst sein sollen und welche Wirtschaftssektoren einbezogen werden. Außerdem fehlten für einige Maßnahmen noch die nationalen Rechtsgrundlagen.

[Mehr](#)

29.04.2020 Europäisches Parlament

Weniger Fahrzeugemissionen durch neue EU-Reifenkennzeichnung

Kraftstoffeffizientere Reifen bedeuten weniger Emissionen. Dank der neuen EU-Reifenkennzeichnung werden Verbraucher besser über Kraftstoffeffizienz, Nasshaftung und Rollgeräusch informiert. [Mehr](#)

29.04.2020

Europäische Kommission startet Verfahren gegen Polen, um Unabhängigkeit der Richter zu sichern

Die Europäische Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen eingeleitet, um die Unabhängigkeit polnischer Richter zu gewährleisten. Stein des Anstoßes ist ein Gesetz, das am 14. Februar 2020 in Kraft getreten ist und die Unabhängigkeit der Richter unterminiert. Zudem hält das Gesetz polnische Gerichte davon ab, gewisse Bestimmungen des EU-Rechts direkt anzuwenden. Die Kommission hat ein Aufforderungsschreiben nach Warschau geschickt. Die polnische Regierung hat nun zwei Monate Zeit, darauf zu antworten. [Mehr](#)

24.04.2020 Europäische Kommission

BREXIT: Barnier zu Verhandlungen zwischen EU und dem Vereinigten Königreich: Die Uhr tickt lauter denn je

EU-Chefverhandler Barnier hat am 24. April 2020 nach der zweiten Verhandlungsrunde zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich über die künftige Partnerschaft den Stand der Dinge dargelegt. Das Vereinigte Königreich habe mitgeteilt, dass es an einer zeitlichen

Ausdehnung der Übergangsfrist nicht interessiert sei, sagte Barnier. Die Verlängerung hätte bis zum 30. Juni erfolgen müssen, nun endet die Übergangsfrist voraussichtlich am 31. Dezember 2020 – und das Vereinigte Königreich scheidet aus dem EU-Binnenmarkt aus. [Mehr](#) und [Homepage der EU-Kommissionen mit Infos zum Brexit](#)

20.04.2020 Europäische Kommission EU-Gütezeichen „geschützte geografische Angabe“ ist knapp 75 Milliarden Euro wert

Produkte, deren Namen von der EU als geografische Angaben geschützt sind, haben einen Verkaufswert von insgesamt 74,76 Milliarden Euro. Das zeigt eine von der Europäischen Kommission veröffentlichte Studie. Sie stützt sich auf alle 3207 Produktnamen, die Ende 2017 in den 28 EU-Mitgliedstaaten geschützt waren – darunter beispielsweise der Tiroler Bergkäse und das Steirische Kürbiskernöl. Der Studie zufolge ist der Verkaufswert eines Produkts mit geschütztem Namen im Durchschnitt doppelt so hoch wie jener eines vergleichbaren Produkts ohne Gütezeichen. [Mehr](#)

02. April 2020 Gerichtshof der Europäischen Union EuGH verurteilt Polen, Ungarn und Tschechien aufgrund mangelnder Solidarität bei der Aufnahme von Flüchtlingen

In Folge einer Klage der Europäischen Kommission hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 2. April 2020 geurteilt, dass Polen, Ungarn und Tschechien gegen EU-Recht verstoßen haben, indem sie sich geweigert haben, EU-Beschlüsse zur EU-weiten Umverteilung von 160.000 Asylwerbern aus Griechenland und Italien umzusetzen. Die Umverteilung wurde 2015 auf Initiative der Europäischen Kommission vom EU-Ministerrat mit der Mehrheit der Mitgliedstaaten, darunter auch Österreich, vereinbart. Ziel war es, in einer Notsituation Griechenland und Italien – wo in Folge des Krieges in Syrien besonders viele Menschen angekommen waren – zu entlasten. Das EuGH-Urteil beziehe sich zwar auf die Vergangenheit, aber es sei eine Orientierungshilfe für die Zukunft, betonte Kommissionspräsidentin von der Leyen. Das Urteil zeige klar, welche Verantwortung die Mitgliedstaaten haben. [Gerichtshof der Europäischen Union](#)

01. April 2020 – Europäische Kommission – Vertretung in Österreich Neue Regeln für mehr Energieeffizienz von Netzteilen

Ab 1. April 2020 gelten neue EU-Regeln für die Energieeffizienz externer Netzteile, die Haushaltsgeräte wie Laptops, Smartphones und elektrische Zahnbürsten mit Strom versorgen. Die neuen Regeln sind in einer EU-Ökodesign-Verordnung enthalten und erleichtern es Konsumentinnen und Konsumenten, Strom zu sparen und Emissionen zu senken. [Europäische Kommission – Vertretung in Österreich](#)

Ausschreibungen/Wettbewerbe

Für Jugendliche: EU-Mythbusters gegen Fake News und Zeichenwettbewerb



© EDIC Wien, JEF.at und R9 Regional TV

Die österreichischen EuropeDirect Informationsstellen möchten Fake News aktiv entgegenwirken und haben daher die Initiative EU-Mythbusters ins Leben gerufen. Mitmachen können Jugendliche, Schülerinnen und Schüler, Studierende, junge Erwachsene u.a. Es gilt, EU-Mythbusters zu analysieren, welche News tatsächlich ein Fake sind, und mit Hilfe von Bildern, Grafiken, Stories, Videos und Podcasts die Wirklichkeit zurück ins Licht zu rücken. Ziel ist, ein „Rapid Response Team“ zu generieren, dass sich untereinander vernetzt und austauscht) und auf Anti-EU Fake News in sozialen Medien mit Gegenmaßnahmen wie Real News und Aufklärungskampagnen reagiert.

Zeichenwettbewerb

Zusätzlich gibt es nun auch den neuen [EU-Mythbusters-Kreativwettbewerb](http://www.eu-mythbusters.eu) (www.eu-mythbusters.eu). Das Ziel beim Wettbewerb ist, Vorurteile und Falschmeldungen über die EU zu thematisieren und sie zu entlarven.

Der EU-Mythbusters-Kreativwettbewerb ist breit gefächert, um vielen eine Teilnahme zu ermöglichen. Alternative realities, Fakenews und hard facts sollen mit Hilfe eines selbst gewählten Mediums (Memes, Zeichnungen, Karikaturen, Comics, Audio, Videos, Texte u.v.m.) auf witzige Art und Weise aufeinandertreffen. Der Dialog zwischen Mythen und Wirklichkeit soll dazu anregen, sich mit den tatsächlichen Funktionsweisen der EU, aber auch mit ihren Herausforderungen auseinanderzusetzen. Diese kreativen Beiträge können dann in weiteren Folge auch im EU-Mythbusters-Team eingesetzt werden, um Fakenews zu entkräften.

Die besten Beiträge sollen wieder prämiert werden. Infos zum Wettbewerb mit [Teilnahmebedingungen](http://www.eu-mythbusters.eu) findet Ihr unter www.eu-mythbusters.eu

Aktuelle Informationen via Podcast, Facebook und Internet



©Europa gefühlsecht

[Podcast-Serie Europa gefühlsecht](#)

Eine Podcast-Serie zu Europathemen angesichts der speziellen Situation unter dem Titel „Corona Spezial“ wird derzeit in verschiedenen regionalen Fernsehsendern (R9TV) und via Facebook gezeigt. Alexander Göbel und Nana Walzer unterhalten sich dabei über aktuelle Herausforderungen bedingt durch Covid-19. Die beiden überzeugten Europäer sprechen Ängste, Sorgen und Vorurteile direkt an und informieren zu EU-Themen. Ziel der Podcastserie ist, EU-Mythen aufzuklären, Fake News entgegenzuwirken, positiv zu kommunizieren und ein besseres Verständnis für die Notwendigkeit eines gemeinsamen Europas zu schaffen.

Bereits erschienen sind Podcasts zu folgenden Themen:

- Kids 24/7?!
- Stay home, stay healthy!
- Home sweet Homeoffice?

- Wie finanziell überleben in Corona Zeiten?
- Was uns derzeit in Atem hält!
- Was bleibt nach Corona?
- Wie kommt Europa nach Österreich
- Sündenbock Europa?!
- Jahrhundertkrise oder ganz normaler Wahnsinn?

Die Podcasts sind auf der [Facebook-Seite der EuropeDirect-Stellen Österreichs](#) und auf [YouTube unter EUROPA gefühlsecht](#) abrufbar bzw. können dort abonniert werden. Auf der [Homepage der österreichischen EuropeDirect-Stellen \[www.europainfo.at\]\(http://www.europainfo.at\)](#) werden ebenfalls laufend aktuelle Informationen veröffentlicht.

Europäischer Bürgerpreis 2020



© European Union

Mit dem Europäischen Bürgerpreis werden u.a. Projekte, die eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit und eine stärkere Integration fördern, vor den Vorhang geholt. Bürgerinnen und Bürger können auch andere für diesen Preis nominieren.

Das Europäische Parlament vergibt alljährlich den [Europäischen Bürgerpreis](#).

Mit diesem Preis werden besondere Leistungen in nachstehenden Bereichen ausgezeichnet:

Wenn Sie sich selbst bewerben oder jemanden vorschlagen möchten, klicken Sie [hier](#).

Einreichungsfrist: 30/06/2020 23:59 (Ortszeit Brüssel)

Redaktion und Impressum/Offenlegung gemäß §§ 24, 25 MedienG :

Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Verfassungsdienst,
EuropeDirect Oberösterreich
 Landhausplatz 1, 4021 Linz
 Telefon: 0732 7720 - 14020
 Fax: 0732 7720 - 21 40 22
 E-Mail: europedirect@ooe.gv.at
www.europainfo.at

Informationen zum Datenschutz finden Sie unter <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/datenschutz.htm>